

China sperrt BBC-Website

Eine Prügelattacke und Vorwürfe wegen Polizeibrutalität verschärfen die Spannungen in Hongkong. Peking reagiert mit einer Sperrung der BBC-Website.

HONGKONG In der Nacht auf heute kam es in Hongkong zu schweren Auseinandersetzungen, als Hunderte Polizisten einen am Vorabend überraschend von Aktivisten besetzten Tunnel nahe des Regierungssitzes räumten. Es gab chaotische Szenen. Polizisten rangen Demonstranten zu Boden, um sie zu fesseln und abzutransportieren. 45 Personen wurden festgenommen. Vier Beamte wurden verletzt.

Nach dem Einsatz schlugen Vorwürfe wegen Polizeibrutalität grosse Wellen. Auslöser war ein Video des Fernsehsenders TVB, das zeigt, wie Polizeibeamte einen gefesselten Mann in eine dunkle Ecke tragen und immer wieder mit Fusstritten traktieren. Das Opfer wurde später als Ken Tsang, Mitglied der oppositionellen, prodemokratischen Bürgerpartei, identifiziert.

Ein Ende der bislang schwersten Krise in Hongkong seit der Rückgabe der ehemaligen britischen Kronkolonie 1997 an China ist nicht in Sicht. Die kommunistische Führung in Peking will nicht auf die Forderung der Demonstranten eingehen.

Zensurbehörde wird aktiv

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Empörung über die Polizeigewalt hat die Volksrepublik China die englischsprachige Website der britischen Rundfunkgesellschaft BBC in China vollständig gesperrt. Es ist die erste derartige Massnahme seit Dezember 2010, als der chinesische Dissident Liu Xiaobo den Friedensnobelpreis erhielt.

Das chinesischsprachige BBC-Angebot ist seit seinem Start 1999 in der Volksrepublik China so gut wie durchgehend gesperrt. Eine grössere Ausnahme gab es lediglich im Umfeld der Olympischen Spiele in Peking 2008. *sda*

Studenten nicht in Massengräbern

Die 43 in **Mexiko** vermissten Studenten sind nicht unter den Toten in den ersten fünf von der Justiz untersuchten Massengräbern. Familienangehörige und Bürger fordern Aufklärung.

REGINE REIBLING

Seit Wochen sucht Mexiko nach 43 verschwundenen Studenten. Laut der Generalstaatsanwaltschaft ist jetzt klar, dass sich von den Vermissten niemand unter den Toten der ersten gefundenen Massengräber befindet. Die DNA-Proben der 28 Leichen stimmten nicht mit den Proben überein, die Ermittler von den Familien der Studenten erhalten hätten, sagte Generalstaatsanwalt Jesús Murillo Karam. Ein kleiner Hoffnungsschimmer für die Familien, doch das Schicksal der jungen Menschen bleibt weiter ungewiss.

Die Studenten waren bei einer Protestaktion in der Stadt Iguala im Südwesten Mexikos Ende September verschwunden. Polizei und örtliche Politiker sollen in die Tat verwickelt sein. Bei der Suche nach den Studenten hatten die Ermittler neun Massengräber entdeckt. Noch seien nicht alle Untersuchungen abgeschlossen, die Ergebnisse von vier Gräbern lägen noch nicht vor, hielt der Generalstaatsanwalt fest. Er bestätigte am Dienstag, dass ein zehntes Grab entdeckt worden sei.

Polizisten festgenommen

Zudem sind 14 weitere Polizisten festgenommen worden. Sie hätten gestanden, eine Gruppe von Studenten an die kriminelle Bande Guerreros Unidos (Vereinigte Krieger) übergeben zu haben. Zwei Mitglieder der Bande hatten bereits gestanden, mindestens 17 Studenten getötet zu haben. So verdichten sich die Hinweise auf ein mögliches Massaker. Fast 50 Verdächtige sitzen mittlerweile in Haft, die meisten von ihnen Polizisten.

Sicherheitskräfte und lokale Politiker in Iguala sollen laut Ermittlungen auf der Gehaltsliste der kriminellen Bande stehen, die als bewaffneter Arm des Drogenkartells Beltrán Leyva gilt. Nach einem Geheimdienstbericht könnte die Ehefrau des Bürgermeis-



Angehörige der 43 verschwundenen Studenten forderten bei Demonstrationen die Behörden auf, sich bei der Suche nach den Vermissten stärker zu engagieren. Später schlugen die Proteste in Krawalle um.

Bild Keystone

Geschäftliche Mitteilung

ters das harte Vorgehen gegen die Studenten angeordnet haben, um ungestört eine Rede halten zu können.

Die Frau soll aus einer bekannten Drogenhändlerfamilie stammen. Sie ist mit ihrem Mann untergetaucht. Der mutmassliche Anführer der Guerreros Unidos, Benjamín Mondragón, habe sich am Dienstag erschossen, um einer Festnahme zu entgehen, sagte der nationale Sicherheitsbeauftragte.

Proteste in Bevölkerung

Kommilitonen der Verschwundenen sowie die betroffenen Familien protestieren und fordern Aufklärung. Der mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto versprach, dass es für die Täter keine Straflosigkeit geben werde. Vorfälle wie in Iguala dürften sich nicht wiederholen. Nach Behördenangaben sind fast 900 Beamte der Bundespolizei zurzeit in Iguala im Einsatz. Allein 300 Polizisten helfen bei der Suche nach den Studenten.

Mehr als 26 000 Menschen gelten in Mexiko nach offiziellen Angaben als vermisst. Die Zahl der gewaltam verschwundenen Menschen ist gemäss der Nationalen Menschenrechtskommission in der Amtszeit von Präsident Nieto deutlich gestiegen. Auch Folter und Misshandlungen hätten zugenommen. Die meisten Verbrechen in Mexiko bleiben ungesühnt, die Aufklärungsrate liegt bei gerade mal zwei Prozent.

Erste Krawalle

Das Land stehe vor einer sozialen Explosion, fürchten politische Beobachter. Die Wut der Demonstranten war am Montag in Gewalt umgeschlagen, in der Provinzhauptstadt Chilpancingo gab es heftige Krawalle. Studenten und Familienangehörige setzten den Regierungssitz des Bundesstaats Guerrero in Brand. Bürgerwehren haben sich gegründet, um sich vor den Übergriffen der Drogenmafia zu schützen.

Noch keine Einigung mit Iran

Rund sechs Wochen vor Ablauf der Frist für die Atomverhandlungen mit dem Iran mehren sich die Stimmen für eine Verlängerung der Gespräche.

WIEN In der österreichischen Hauptstadt standen gestern Gespräche zwischen US-Aussenminister John Kerry, der EU-Aussenbeauftragten Catherine Ashton und dem iranischen Aussenminister Mohammed Jawad Sarif auf dem Programm. Im Zentrum der Unterredungen stand unter anderem die Fähigkeit des Irans zur Urananreicherung. «Der Status Quo ist, dass noch nichts gelöst ist. Dies aber bedeutet nicht, dass die Differenzen nicht lösbar sind», erklärte Sarif.

Der Westen will sicherstellen, dass der Iran keine Atomwaffen bekommt. Teheran besteht auf einem zivilen Atomprogramm und will die Aufhebung lähmender Wirtschaftssanktionen erreichen. Die Entwicklung von Atomwaffen hat die iranische Regierung stets dementiert.

Frist bis 24. November

Nach jahrelangem Stillstand hatten sich die Beteiligten in einem Übergangsabkommen im vergangenen November in Genf eine Frist bis zum 24. November 2014 zur Lösung des Konflikts gesetzt. Ein Verstreichen dieser Frist sei keine Katastrophe, hiess es gestern aus iranischen Delegationen in Wien. Zuvor hatte bereits Russlands Aussenminister Sergei Lawrow weitere Gespräche auch über den 24. November hinaus angedeutet. Die EU und die USA lehnten dies bisher ab.

Morgen ist in Wien eine weitere Gesprächsrunde zwischen sämtlichen Vertretern der sogenannten 5+1-Gruppe und Vertretern des Iran geplant. Zur dieser Runde gehören die USA, China, Russland, Frankreich, Grossbritannien sowie Deutschland. Auch Verhandlungsführerin Ashton und Sarif werden wieder erwartet. *sda*

Ukraine-Gipfel soll einen Weg aus der Krise bringen

Morgen treffen sich 50 Regierungschefs zu Gesprächen über die Ukraine. Thema wird unter anderem ein geplanter Drohneneinsatz sein.

MAILAND Die Ukraine-Gespräche von Staats- und Regierungschefs aus rund 50 Ländern am Rande des Asien-Europa-Gipfels (ASEM) in Mailand sollen Fortschritte auf dem Weg aus der Krise bringen. Mit Spannung erwartet wird vor allem das erste Treffen des russischen Präsidenten Wladimir Putins mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko seit Ende August.

Bis kurz vor Beginn des Treffens feilten Diplomaten am Zeitplan für die Ukraine-Verhandlungen in kleiner Runde. Dabei soll es auch zu den ersten direkten Gesprächen zwi-

schen der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und Putin seit Juli kommen.

Mit Blick auf die bevorstehenden Verhandlungen riefen die Aussenminister Deutschlands und Frankreichs, Frank-Walter Steinmeier und Laurent Fabius, die Konfliktparteien zu einer vollständigen Umsetzung der im September in Minsk getroffenen Abmachungen auf. Dazu gehörten etwa auch die Freilassung aller Gefangener und die Einrichtung einer Pufferzone in der Ostukraine.

Deutschland und Frankreich hoffen ausserdem, bis Ende Oktober Klarheit über eine mögliche gemeinsame Überwachungsmission unter anderem mit Drohnen im Osten der Ukraine zu erhalten. Umstritten ist, ob eine solche Mission durch bewaffnete Soldaten der deutschen Bundeswehr und der französischen Armee geschützt werden darf. *sda*

Werbetechnik: Remund AG beschriftet TPF-Zug «Nummer acht»

Die Beschriftung der am 9. Oktober 2014 von den Freiburger Verkehrsbetrieben (TPF) präsentierten Zugkomposition wurde durch die Remund AG realisiert.

Um die Beschriftung vor Ort vornehmen zu können, reiste ein vierköpfiges Werbetechnikerteam der Remund AG in die Nähe des Bodensees. Die insgesamt 75 m lange Zugkomposition wurde in Bussnang, Kanton Thurgau, beschriftet. Das Projekt nahm insgesamt eine Woche in Anspruch. Um ein solch grosses Projekt innert so kurzer Zeit umsetzen zu können, sind jahrelange Erfahrung in der Beschriftung von Schienenfahrzeugen und die entsprechenden Kapazitäten Voraussetzung.

Das Projekt kam dank der langjährigen Partnerschaft zwischen der Freiburger Kantonalbank, RMG Design und der Remund AG zustande.

Der achte und vorläufig letzte Zug der Generation von Flirt-Zügen trägt den Schriftzug der FKB sowie wichtige Sehenswürdigkeiten des Kantons Freiburg als buntes Kleid. Der Zug wird künftig auf allen TPF-Linien zu bewundern sein. Lassen auch Sie sich vom originellen Design überraschen, wenn Sie das nächste Mal mit dem Zug unterwegs sind.

Remund AG
Hauptstrasse 57
3215 Büchslen
Tel. 031 754 54 54
www.remundag.ch



Der durch die Remund AG beschriftete TPF-Zug während seiner Jungfernfahrt.



Eine Remund-Mitarbeiterin bei der Beschriftung des TPF-Zugs in Bussnang.